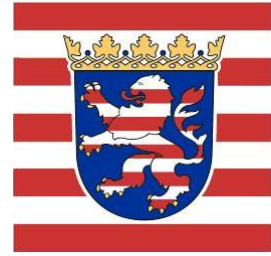




HESSEN



Bericht aus Brüssel

12/2024 vom 14.06.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	8
Energie.....	9
Digital.....	10
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	11
Finanzen.....	13
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz	14
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	20
Justiz.....	22
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien	28
EU-Förderprogramme.....	29
Veranstaltungen.....	29
Vorschau	31

Kommission; Ukraine-Wiederaufbaukonferenz

Am 11.06.2024 fand die Ukraine-Wiederaufbaukonferenz (URC2024) in Berlin statt. Teilgenommen haben unter anderem Staats- und Regierungschefs, Ministerinnen und Minister von Staaten, internationale Organisationen, Finanzinstitutionen sowie Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Konferenz stellte die Erholung und den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine nach dem russischen Aggressionskrieg gegen das Land in den Mittelpunkt. Ziel der Konferenz war es, weiterhin internationale Unterstützung für den Wiederaufbau, Reformen in der Ukraine und die Modernisierung zu mobilisieren. Dazu gehört die Bereitstellung von Nothilfe für den unmittelbaren Bedarf, die Umsetzung schneller Wiederaufbauprojekte und die Schaffung attraktiver Bedingungen für Unternehmen, um private Investitionen in der Ukraine sowie für die Zivilgesellschaft für den aktiven Wiederaufbauprozess freizusetzen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in ihrer Eröffnungsrede neue Garantie- und Finanzhilfevereinbarungen über 1,4 Mrd. EUR an. Das Geld solle der Ukraine dabei helfen, insbesondere den Wiederaufbau des Landes einschließlich seiner Energieinfrastruktur anzuschieben. Von der Leyen sprach sich für die baldige Aufnahme der Beitrittsgespräche mit der Ukraine aus und erwähnte in ihrer Rede die Reform- und Investitionsstrategie der Ukraine. Dieser sogenannte Ukraine-Plan umfasst beispielsweise Reformen in den Bereichen Justiz und Korruptionsbekämpfung. Von der Leyen betonte, die Ukraine habe bisher sämtliche von der EU erwarteten Schritte unternommen. Deshalb glaube sie, dass die EU Beitrittsgespräche mit der Ukraine aufnehmen solle.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_24_3221

Europäisches Parlament

Konstituierung der CDU/CSU-Gruppe im EP

Am 11.06.2024 fand die konstituierende Sitzung der CDU/CSU-Gruppe im EP in der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel statt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Daniel Caspary (CDU) als Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe wiedergewählt. Gemeinsam mit der ebenfalls wieder gewählten Co-Vorsitzenden Angelika Niebler (CSU) wird er die Gruppe auch in den nächsten zweieinhalb Jahren leiten. Daniel Caspary führt die CDU/CSU-Gruppe bereits seit 2017. Angelika Niebler wurde 2014 erstmals in ihr Amt gewählt. Als parlamentarische Geschäftsführerinnen wurden Christine Schneider (CDU) und Monika Hohlmeier (CSU) in ihren Ämtern bestätigt. Christine Schneider übernahm dieses Amt erstmals im Frühjahr 2024. Monika Hohlmeier amtiert bereits seit 2014. Zur neuen Schatzmeisterin der Gruppe wurde Marion Walsmann (CDU) gewählt. Mit 29 MdEP (23 CDU, 6 CSU) stellt die CDU/CSU-Gruppe auch in der 10. Legislaturperiode des EP die größte nationale Delegation in der Fraktion der Europäischen Volkspartei und eine der größten nationalen Delegationen im gesamten EP.

<https://www.cducsu.eu/artikel/cducsu-gruppe-konstituiert-sich>

Konstituierung der SPD-Gruppe im EP

Am 10.06.2024 fand die konstituierende Sitzung der SPD-Gruppe im EP im Willy-Brand-Haus in Berlin statt. Die neu gewählten MdEP der SPD bestätigten einstimmig René Repasi im Amt des Gruppenvorsitzenden. Repasi ist seit März 2024 Vorsitzender der SPD-Gruppe und seit Januar 2022 MdEP. Zusammen mit Repasi bilden Birgit Sippel, Tiemo Wölken, Delara Burkhardt, und Matthias Ecke das

Leitungsgremium der Europa-SPD. Mit 14 MdEP stellt die SPD-Gruppe auch in der 10. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eine der größten nationalen Delegationen in der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

<https://www.spd-europa.de/nachrichten/auf-pro-europaeische-kraefte-kommt-es-jetzt-noch-staerker-an>

Konstituierung der AfD-Gruppe im EP

Am 10.06.2024 fand die konstituierende Sitzung der AfD-Gruppe im EP in Berlin statt. Der thüringische AfD-Landtagsabgeordnete René Aust leitet die neue, deutlich gewachsene Delegation der AfD im EP. Spitzenkandidat Maximilian Krahl wurde in der konstituierenden Sitzung von der AfD-Gruppe ausgeschlossen. Die AfD-Delegation ist eine sehr große Gruppe unter den fraktionslosen MdEP.

<https://www.tagesschau.de/europawahl/koepfe/krahl-afd-europaparlament-fraktion-100.html>

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 14.06.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fand eine Abstimmung zu folgendem Stellungnahmeentwurf statt: „Förderung des Roots-Tourismus – Reisen in die Heimat der Vorfahren – für eine nachhaltige lokale Revitalisierung“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206564&meetingSessionId=2259178>

W i r t s c h a f t

Rat; Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten in der Formation Handel

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ führte am 30.05.2024 in der Zusammensetzung Handel eine Orientierungsaussprache zum Thema „Handel und Wettbewerbsfähigkeit – die Zukunft der EU-Handelspolitik“. Die Minister erörterten, wie die EU-Handelspolitik dazu beitragen könne, negative Auswirkungen der derzeitigen geopolitischen Herausforderungen, wie u.a. der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Fragmentierung des Handels auf europäische Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Die Kohärenz der Handelspolitik mit anderen Politikbereichen der EU und die Frage, wie der Zugang zu kritischen Rohstoffen, die die EU für den ökologischen und den digitalen Wandel benötigt, verbessert und gesichert werden kann, wurden ebenfalls besprochen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/05/30/>

Rat; Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und Afrika

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ in der Formation Handel erörterte am 30.05.2024 den Stand der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und Afrika und die Frage, wie die Beziehungen weiter vertieft werden können. Die EU ist Afrikas größter Handelspartner, größter Investor und wichtigster Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Mehr als 90 % der Ausfuhren aus afrikanischen Ländern gelangen zollfrei in die EU, da sie unter das Allgemeine Präferenzsystem, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern südlich der Sahara oder die Freihandelsabkommen mit bestimmten nordafrikanischen Ländern fallen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/05/30/>

Rat; Annahme Schlussfolgerungen zu Ausfuhrkontrollen

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ in der Formation Handel nahm am 30.05.2024 Schlussfolgerungen zu den vier „Vorgeschlagenen Antworten“, die die Kommission in ihrem Weißbuch über Ausfuhrkontrollen vom 24.01.2024 aufgeführt hatte, an. In den Schlussfolgerungen fordert der Rat die vollständige Umsetzung der Verordnung (EU) 2021/821 über Güter mit doppeltem Verwendungszweck. Es ist eine weitere Analyse beabsichtigt, wie der derzeitige Rahmen die vorübergehende Aufnahme bestimmter neuer Güter in die europäische Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck ermöglichen könnte. Weiter erkennt der Rat die Bedeutung der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten in diesen Fragen an. Diese Koordinierung sei im Einklang mit der Verordnung zu erleichtern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9439-2024-INIT/de/pdf>

Kommission; Annahme einer Änderung der Regionalbeihilfeleitlinien

Die Kommission nahm am 31.05.2024 eine Änderung der Regionalbeihilfeleitlinien an. Die Änderung soll es den Mitgliedstaaten (MS) ermöglichen für Investitionsvorhaben, die in den Anwendungsbereich der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) fallen, höhere Regionalbeihilfen zu gewähren. In den Leitlinien für Regionalbeihilfen sind die Regeln festgelegt, nach denen die MS Unternehmen staatliche Beihilfen zur Förderung von Investitionen in benachteiligten Gebieten Europas gewähren können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3021

Kommission; Annahme aktualisierter Leitlinien für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)

Die Kommission nahm am 03.06.2024 aktualisierte Leitlinien zu den Aufbau- und Resilienzplänen an. Diese enthalten neue praktische Maßnahmen für die Umsetzung der ARF. Sie sollen zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands im Zusammenhang mit der ARF führen. So wird u.a. dargelegt, wie die Mitgliedstaaten die Änderung eines Etappenziels oder einer Zielvorgabe beantragen können, wenn sie eine alternative, einfachere Umsetzungslösung fänden.

https://commission.europa.eu/publications/draft-guidance-recovery-and-resilience-plans_en

Kommission; Genehmigung Zusammenschlussvorhaben Harbour und bestimmte Vermögenswerte von Wintershall DEA an BASF

Die Kommission hat am 04.06.2024 nach der EU-Fusionskontrollverordnung den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die britische Harbour Energy Plc ("Harbour") und mittelbar bestimmter Vermögenswerte der Wintershall DEA AG durch die BASF SE, beide DEU, genehmigt. Die Transaktion betrifft vor allem den Öl- und Gassektor.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11470>

Eurostat; Intra-EU-Handel ging 2023 um 2,4 % zurück

In einer am 04.06.2024 veröffentlichten Statistik legte Eurostat dar, dass sich im Jahr 2023 die Ausfuhren von Waren aus den EU-Ländern in andere EU-Länder auf 4.135 Mrd. EUR beliefen. Dies entspricht einem Rückgang von 2,4 % gegenüber 2022. Im Jahr 2023 wurde DEU als wichtigster Handelspartner für Exporte innerhalb der EU eingestuft. In den meisten EU-Ländern entfielen mehr als 50 % des Gesamtanteils der Warenausfuhren auf ihre drei wichtigsten Partner für Intra-EU-Ausfuhren. Die drei EU-Länder, die am häufigsten zu den Top drei der Intra EU-Exportpartner gehörten, waren DEU, gefolgt von ITL sowie FRA.

Kommission; Wertschöpfungsketten für Elektrofahrzeuge in China profitieren von unlauteren Subventionen

Die Kommission kam am 12.06.2024 im Rahmen ihrer laufenden Antisubventionsuntersuchung vorläufig zu dem Schluss, dass die Wertschöpfungskette für batteriebetriebene Elektrofahrzeuge (BEV) in China von unfairen Subventionen profitiert. Somit sind nach Ansicht der Kommission BEV-Hersteller in der EU der Gefahr eines wirtschaftlichen Schadens ausgesetzt. Im Rahmen der Untersuchung wurden auch die wahrscheinlichen Auswirkungen der Maßnahmen auf Einführer, Verwender und Verbraucher von BEV in der EU analysiert. Die Kommission hat die chinesischen Behörden kontaktiert, um diese Feststellungen zu erörtern und dabei zu sondieren, wie die festgestellten Probleme auf WTO-konforme Weise gelöst werden können. Weiter hat die Kommission die Höhe der vorläufigen Ausgleichszölle, die sie auf die Einfuhren von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen aus China einführen würde, vorab offengelegt. Sollten mit den chinesischen Behörden keine praktikable Lösung gefunden werden, würden die vorläufigen Ausgleichszölle ab dem 04.07.2024 durch eine Sicherheitsleistung eingeführt werden. Die Kommission würde für die drei in die Stichprobe einbezogenen chinesischen Hersteller unternehmensspezifische Zölle in folgender Höhe erheben: BYD: 17,4 %, Geely: 20 % und SAIC: 38,1 %. Für andere bei der Untersuchung mitarbeitende BEV-Hersteller in China, die nicht in die Stichprobe einbezogen wurden, würde ein durchschnittlicher Zollsatz in Höhe von 21 % eingeführt. Für alle anderen BEV-Hersteller in China, die bei der Untersuchung nicht kooperierten, würde ein Residualzoll in Höhe von 38,1 % gelten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_3231

EuGH, Urteil in der Rechtsmittelsache Ryanair bezüglich staatlicher Beihilfen in der Covid-19 Krise

Der EuGH wies mit Urteil vom 06.06.2024 das Rechtsmittel von Ryanair bezüglich der Corona-Unternehmenshilfen in ESP zurück. Im Juli 2020 meldete ESP bei der Kommission eine Beihilferegulung zur Stützung der Zahlungsfähigkeit strategisch bedeutender spanischer Unternehmen an, falls sie aufgrund der Covid-19-Pandemie vorübergehend in Schwierigkeiten geraten sollten. Die Kommission erklärte die angemeldete Regelung für mit dem Binnenmarkt vereinbar. Hiergegen klagte Ryanair vor dem EuG, die Klage wurde jedoch abgewiesen. Ryanair hat sodann beim EuGH Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts eingelegt. Der EuGH weist das Rechtsmittel von Ryanair zurück. Ausgeführt wurde u.a., dass die Beihilferegulung nicht gegen das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verstoße. Das Unionsrecht lasse es nämlich zu, dass Unternehmen bei Beihilfen unterschiedlich behandelt werden, wenn eine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats behoben werden soll.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286848&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=230517>

EuGH, Schlussanträge im Streit um Bestpreisklausel - booking.com

Am 06.06.2024 hat Generalanwalt Anthony Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-264/23 Booking.com vorgelegt. Es handelt sich um ein Vorabentscheidungsersuchen des Bezirksgerichts Amsterdam. Beantwortet werden soll, ob die weite und die enge Bestpreisklausel Nebenabreden im Sinne des Art. 101 Abs. 1 AEUV sind und welche Rechtsgrundsätze im Zusammenhang mit zweiseitigen digitalen Plattformen wie Booking.com für die Definition des relevanten Produktmarkts gelten. Der Generalanwalt führte u.a. aus, dass Art. 101 Abs. 1 AEUV dahin

auszulegen sei, dass es sich bei weiten und engen Bestpreisklauseln, die eine Online-Reisebüroplattform Hotels als Teil ihrer Geschäftsbedingungen auferlegen will, nicht um Nebenabreden handelt, es sei denn, sie sind unverzichtbar und angemessen, um die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Online-Reisebüroplattform zu gewährleisten. Hinsichtlich der zweiten Frage schlug er vor, dass zur Berechnung des Marktanteils einer Online-Reisebüroplattform als Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten für Hotels der relevante Produktmarkt in Bezug auf die Tätigkeiten einer Online-Reiseplattform, die zwischen Hotels und Endkunden vermittelt, abzugrenzen sei. So sei zu prüfen, ob andere Vertriebskanäle aus der Sicht von Hotels und Endkunden substituierbar seien.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-264/23>

EuGH, Urteil bezüglich Schadensersatz für rechtswidrig von einem Vergabeverfahren ausgeschlossenen Bieter

Mit Urteil vom 06.06.2024 entschied der EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens des obersten Gerichts der SLK, dass nach der Richtlinie über die Nachprüfung im Bereich öffentlicher Aufträge ein rechtswidrig von einem Vergabeverfahren ausgeschlossener Bieter Schadensersatz wegen des Verlustes einer Chance verlangen kann. Im Jahr 2013 schloss der slowakische Fußballverband eine Bietergemeinschaft, der das Unternehmen INGSTEEL angehörte, von einem Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags über die Rekonstruktion und den Bau von 16 Fußballstadien aus. Grund dafür war, dass die Anforderungen der Bekanntmachung nicht erfüllt wurden. Das Vergabeverfahren wurde inzwischen beendet. INGSTEEL erhob daraufhin Klage auf Ersatz des Schadens, der ihr durch den Ausschluss der genannten Bietergemeinschaft von diesem Verfahren entstanden sein soll. Der EuGH stellt nun in seinem Urteil u.a. fest, dass nach der Richtlinie die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, denjenigen, die durch einen Verstoß gegen das Unionsrecht im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge geschädigt worden sind, Schadensersatz zuzuerkennen. Die Richtlinie erfasst jede Art des diesen Personen entstandenen Schadens, einschließlich des Schadens, der sich aus dem Verlust der Chance ergäbe.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-547/22>

Kommission; Veröffentlichung Übergangspfad für das Ökosystem der Luft- und Raumfahrt

Am 06.06.2024 veröffentlichte die Kommission einen Übergangspfad für ein widerstandsfähiges, nachhaltiges und digitales Ökosystem der Luft- und Raumfahrtindustrie. An der Erstellung beteiligten sich eine Vielzahl von Akteuren aus der Industrie, den Mitgliedstaaten, den Forschungsinstituten, den Hochschulen sowie Bürgerinnen und Bürger. Der Pfad enthält 53 prioritäre Maßnahmen, die sich mit Themen wie nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit, solider Regulierung, moderner Infrastruktur, Qualifikationsentwicklung und Investitionsfinanzierung befassen, wobei auch die soziale Dimension und Innovation im Mittelpunkt stehen.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/b0ae5705-0e5f-4c4a-bbbb-26a79f32a104_en?filename=Transition%20Pathway%20%20Aerospace%20Ecosystem%20%20EN.pdf

EuGH, Urteil zu Verzugszinsen bei einer zu Unrecht verhängten Geldbuße

Mit Urteil vom 11.06.2024 wies der EuGH in der Rechtsmittelsache C 221/22 P Kommission/Deutsche Telekom (DTAG) das Rechtsmittel der Kommission zurück. Entschieden wurde, dass wenn das Gericht oder der Gerichtshof eine von der Kommission gegen ein Unternehmen wegen eines Verstoßes gegen die

Wettbewerbsregeln verhängte Geldbuße für nichtig erklärt oder herabsetzt, muss die Kommission nicht nur die vom Unternehmen vorläufig gezahlte Geldbuße ganz oder teilweise zurückerstatten, sondern auch Zinsen für den Zeitraum von der vorläufigen Zahlung dieser Geldbuße bis zu ihrer Rückerstattung zahlen. Es handelt sich dabei nicht um Verzugszinsen, sondern um Zinsen, mit denen das Unternehmen für die Vorenthaltung der Nutzung des fraglichen Betrags pauschal entschädigt werden soll. Dem lag zugrunde, dass am 15.10.2014 die Kommission gegen die DTAG eine Geldbuße von ca. 31 Mio. EUR wegen des Missbrauchs einer beherrschenden Marktstellung verhängte. Die DTAG erhob gegen diesen Beschluss Nichtigkeitsklage vor dem EuG, zahlte aber die Geldbuße vorläufig. Der EuG gab dieser Klage teilweise statt und setzte die Geldbuße um ca. 12 Mio. EUR herab. Daraufhin erstattete die Kommission der DTAG diesen Betrag zurück. In der Folge forderte die DTAG die Kommission auf, ihr Verzugszinsen auf diesen Betrag für den Zeitraum von der Zahlung der Geldbuße bis zu ihrer Erstattung zu zahlen. Da die Kommission dies ablehnte, erhob die DTAG erneut Klage, die Kommission wurde sodann verurteilt, der DTAG einen Betrag von ca. 1,8 Mio. EUR zu zahlen. Die Kommission legte gegen dieses Urteil des Gerichts ein Rechtsmittel beim EuGH ein. Mit dessen Urteil wird das Rechtsmittel nun zurückgewiesen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=C5F77872BACEE3C59D25DA220509F6A1?text=&docid=286988&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2039826>

V e r k e h r

Kommission; Unterzeichnung Luftverkehrsabkommen mit der Volksrepublik Bangladesch

Am 07.06.2024 unterzeichneten Vertreter der EU sowie der Volksrepublik Bangladesch ein horizontales Luftverkehrsabkommen. Dieses Abkommen wird es jedem EU-Luftfahrtunternehmen ermöglichen, Flüge zwischen Bangladesch und einem der sieben Mitgliedstaaten (BEL, DNK, ITL, NDL, POL, FRA und SLK) durchzuführen, deren bilaterale Luftverkehrsabkommen mit Bangladesch dies nicht bereits zulassen. Das Abkommen soll allen EU-Luftfahrtunternehmen diskriminierungsfreien Zugang zu Strecken zwischen der EU und Bangladesch gewähren. Dadurch fördert es nach Ansicht der Kommission einen offenen und fairen Wettbewerb.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3143

Kommission; Einleitung einer Untersuchung zu deutschen Fördermaßnahmen für den regionalen Busverkehrsbetreiber WestVerkehr (WV)

Die Kommission leitete am 13.06.2024 eine beihilferechtliche Prüfung zu deutschen Fördermaßnahmen für den regionalen Busverkehrsbetreiber WV ein. Geprüft werden soll, ob bestimmte Fördermaßnahmen zugunsten von WV mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stehen. Die Prüfung wurde aufgrund einer Beschwerde eines Wettbewerbers von WV eingeleitet. Bei den Beihilfemaßnahmen handelt es sich um die Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags durch den Kreis Heinsberg an WV, einen Gewinnabführungsvertrag zwischen WV und seiner Mehrheitsgesellschafterin NEW Kommunalholding GmbH, eine Einzahlung des Minderheitsaktionärs Kreiswerke Heinsberg GmbH in die Kapitalrücklage von WV und eine Kontokorrentvereinbarung zwischen WV sowie den Kreiswerken Heinsberg. Die NEW Kommunalholding und die Kreiswerke Heinsberg sind Unternehmen, an denen der Kreis Heinsberg Anteile hält. Die Kommission ist zu der vorläufigen Auffassung

gelangt, dass es sich bei diesen vier Maßnahmen um staatliche Beihilfen handelt. Die Kommission muss u.a. untersuchen, ob die von WV erhaltenen Ausgleichsleistungen dem Unternehmen einen ungerechtfertigten Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern verschaffen können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3190

Rat; Annahme neue Verordnung über EU-Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)

Am 13.06.2024 nahm der Rat eine überarbeitete Verordnung über EU-Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) an. Ziel der neuen Verordnung ist u.a. der Aufbau eines zuverlässigen, nahtlosen und qualitativ hochwertigen Verkehrsnetzes, das nachhaltige Konnektivität in ganz Europa ohne physische Unterbrechungen, Engpässe und fehlende Verbindungen gewährleistet. Das TEN-V-Netz wird schrittweise ausgebaut oder modernisiert, wobei die neue Verordnung Fristen für die Fertigstellung in drei Phasen festlegt: bis 2030 für das Kernnetz, 2040 für das erweiterte Kernnetz und 2050 für das Gesamtnetz. Die Zwischenfrist 2040 wurde neu eingeführt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/06/13/trans-european-transport-network-ten-t-council-gives-final-green-light-to-new-regulation-ensuring-better-and-sustainable-connectivity-in-europe/>

E n e r g i e

Rat; Rücktritt der EU von dem Vertrag über die Energiecharta (ECV)

Auf der Sitzung des Rats Verkehr, Telekommunikation und Energie, Formation Energie, wurden am 30.05.2024 für den Energiebereich vier Beschlüsse hinsichtlich des Austritts der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) aus dem Vertrag über die ECV sowie hinsichtlich dessen Modernisierung formell angenommen. Der ECV ist ein multilaterales Übereinkommen von 1998. Da dieser Vertrag nicht länger mit dem Übereinkommen von Paris und den Ambitionen der EU in Bezug auf die Energiewende im Einklang steht, wurde 2018 ein Verfahren zu seiner Modernisierung eingeleitet.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/30/energy-charter-treaty-council-gives-final-green-light-to-eu-s-withdrawal/?utm_source=brev&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Kommission; Aufnahme der Arbeit an einem Pilotmechanismus für Wasserstoff

Die Kommission nahm am 03.06.2024 die Arbeit an einem Pilotmechanismus auf, um die Entwicklung des europäischen Wasserstoffmarkts voranzubringen. Der neue Mechanismus wurde im Rahmen des kürzlich angenommen Pakets Dekarbonisierte Gase und Wasserstoff geschaffen und zielt darauf ab, Investitionen zu beschleunigen. Er soll Abnehmern und Anbietern einen besseren Überblick über die Lage auf dem Markt geben. Der Pilotmechanismus wird für eine Dauer von fünf Jahren eingerichtet und Teil der Europäischen Wasserstoffbank sein. In dem Mechanismus werden u.a. Informationen über das Angebot an und die Nachfrage nach erneuerbarem und CO₂-armem Wasserstoff sowie erneuerbaren und CO₂-armen Wasserstoffderivaten gesammelt, verarbeitet und zugänglich gemacht. Außerdem werden Marktdaten über die Entwicklung von Wasserstoffströmen und -preisen erhoben und verarbeitet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2946

https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-systems-integration/hydrogen/european-hydrogen-bank/pilot-mechanism-support-market-development-hydrogen_en

Eurostat; Energieverbrauch in EU-Haushalten auf dem niedrigsten Stand seit 2016

Eurostat veröffentlichte am 05.06.2024 eine Statistik zum Energieverbrauch in EU-Haushalten. Im Jahr 2022 verbrauchten die Haushalte in der EU laut Eurostat 10,1 Mio. Terajoule Energie, die niedrigste Menge seit 2016. Haushalte oder der Wohnsektor machten im Jahr 2022 25,8 % des Endenergieverbrauchs oder 18,1 % des Bruttoinlandsenergieverbrauchs in der EU aus. Der größte Teil des Endenergieverbrauchs der Haushalte in der EU wurde durch Erdgas (30,9 %), Strom (25,1 %) sowie erneuerbare Energien und Biokraftstoffe (22,6 %) gedeckt. In der EU wird der Hauptenergieverbrauch der Haushalte für die Beheizung von Wohnungen (63,5 % des Endenergieverbrauchs im Wohnbereich) verwendet, gefolgt von der Warmwasserbereitung (14,9 %).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240605-2>

Digital

EuGH; Urteil zum Register der Anbieter von Kommunikationsdiensten in ITL

Der EuGH hat am 30.05.2024 in den verbundenen Rechtssachen C-662/22 bis C-667/22 geurteilt, dass das Unionsrecht einer Eintragungspflicht in das Register für Kommunikationsdienste in ITL entgegensteht, da daraus zusätzliche Verpflichtungen für die betroffenen Online-Dienstanbieter resultieren. In ITL hatte die Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (AGCOM) am 17.06.2021 Anbieter von Online-Diensten verpflichtet, sich in ein nationales Register der Kommunikationsdienstleister (ROC) einzutragen. Airbnb Ireland, Amazon Services Europe, Google Ireland und Eg Vacation Rentals Ireland haben dagegen Klage vor dem italienischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht, welcher die Rechtssache zur Vorabentscheidung dem EuGH vorgelegt hat. Nach der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (2000/31/EG) regelt der Herkunftsmitgliedstaat der Gesellschaft, die Online-Dienste anbietet, deren Erbringung. Die Bestimmungsmitgliedstaaten, die an den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gebunden sind, dürfen den freien Verkehr solcher Dienstleistungen in der EU im Grundsatz nicht durch Auflagen beschränken. Im ROC registrierte Anbieter hätten über ihre wirtschaftliche Lage und Unternehmensstruktur berichten und einen Beitrag zur Kostendeckung der AGCOM leisten müssen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-05/cp240089de.pdf>

Forschung

Kommission; nukleare Reaktoren; Forschung und Innovation; Industriellianz

Am 30.05.2024 hat sich die neue europäische Industriellianz für kleine modulare nukleare Reaktoren (SMR) in Brüssel auf Einladung der Kommission getroffen und konstituiert. Die Kommission gab bekannt, dass diese neue Generation von SMR-Kernkraftwerken der EU dabei helfen soll, auf die bevorstehende große Nachfrage nach sauberem Strom und großen Mengen Wasserstoff zu reagieren. Die Beschleunigung der SMR-Entwicklung in der EU erfordert eine robuste und effiziente nukleare Versorgungskette, so die Kommission. Die Zusammenarbeit zwischen den

Beteiligten, einschließlich Projektträgern, Finanzinstituten, Regulierungsbehörden, Forschern, Ausbildungszentren, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie politischen Entscheidungsträgern sei von entscheidender Bedeutung. Die neue Allianz schaffe eine europäische Plattform für Zusammenarbeit. Zu den wichtigsten Aufgaben der Allianz gehören laut Kommission die Ermittlung der vielversprechendsten und kosteneffizientesten SMR-Technologien, die für eine Unterstützung durch die Allianz in Frage kommen, die Stärkung der europäischen Lieferkette, die Ermittlung von Investitions-hindernissen sowie die Analyse von Finanzierungsmöglichkeiten. Die Allianz strebt die Entwicklung spezifischer Kriterien für SMR-Projekte an, um deren Förderungswürdigkeit zu beurteilen. Die Europäische Industriallianz für kleine modulare Reaktoren (SMR) zielt konkret darauf ab, die Entwicklung, die Demonstration und den Einsatz von SMR in Europa bis zu den frühen 2030er Jahren zu erleichtern und zu beschleunigen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy/industrial-alliances/european-industrial-alliance-small-modular-reactors_en

Kommission; Horizont Europa; Jahresbericht zur technologischen Entwicklung

Die Kommission hat am 05.06.2024 den Jahresbericht über die Tätigkeiten der EU im Bereich Forschung und technologische Entwicklung sowie die Überwachung zum EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa (und auch dem Vorgängerprogramm Horizont 2020) zum Jahr 2023 verabschiedet. Ein wesentlicher Teil des Jahresberichts ist den forschungsbezogenen politischen Aktivitäten im Jahr 2023 gewidmet, wobei der Schwerpunkt auf der offenen strategischen Autonomie der EU, der wirtschaftlichen Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit sowie der Unterstützung für ukrainische Forschende liegt. Der Bericht hebt hervor, dass die Bekämpfung des Klimawandels auch 2023 eine der obersten Prioritäten blieb. Mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit der EU im Forschungsbereich hebt der Bericht die Partnerschaften der EU hervor: 2023 waren mit dem Programm Horizont Europa 17 Partnerländer assoziiert. Das Vereinigte Königreich wurde im Januar 2024 das 18. Land. Neuseeland wurde als erstes Partnerland, das nicht in der geografischen Nachbarschaft der EU liegt, rückwirkend zum 01.01.2023 assoziiert. Das Abkommen über die Assoziierung Kanadas mit „Horizont Europa“ wird voraussichtlich Mitte 2024 unterzeichnet. Auch mit der Schweiz berät die Kommission über eine Assoziierung.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52024DC0231>

Finanzdienstleistungen

EuG: Beiträge zum Einheitlichen Abwicklungsfonds rechtswidrig

Am 29.05.2024 urteilte das Europäische Gericht (EuG) in der Rechtssache T-395/22 Hypo Vorarlberg Bank / SRB, dass die Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) für das Jahr 2022 rechtswidrig ist. Der entsprechende Beschluss des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) habe eine jährliche Obergrenze überschritten und sich zudem auf rechtswidrige Rechtsvorschriften gestützt. Allerdings sei es notwendig, die Wirkung des angefochtenen Beschlusses mit Blick auf die Hypo Vorarlberg Bank solange aufrechtzuerhalten, bis die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind, um die Stabilität von EU und Eurozone nicht zu gefährden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=B7CD627ED536242F16AE1B3F4E42F532?text=&docid=286555&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2427017>

Rat; Verabschiedung der Basel III-Reformen

Am 30.05.2024 hat der Rat neue Vorschriften angenommen, die auf eine Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von EU-Banken, eine stärkere Bankenaufsicht und ein besseres Risikomanagement abzielen. Die neuen Vorschriften aktualisieren die Eigenmittelverordnung und die Eigenkapitalrichtlinie, mit denen die Basel III-Standards in EU-Recht umgesetzt werden. Kern der Reform ist die Einführung einer Eigenmitteluntergrenze („Output-Floor“) für Kapitalanforderungen, die im Einklang mit den internen Modellen der Banken bestimmt werden. Sie liegt bei 72,5% der Kapitalanforderungen, die bei Verwendung der standardisierten Messungen gelten würden. Weiterhin enthalten die Vorschriften u.a. Mindestanforderungen für die Genehmigung von Zweigstellen von Banken aus Drittländern und vorübergehende Aufsichtsregeln für Kryptowerte.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/30/basel-iii-reforms-new-eu-rules-to-increase-banks-resilience-to-economic-shocks/>

Rat; Neue Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche

Der Rat hat am 30.05.2024 ein Paket von neuen Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche angenommen. Das Paket enthält u.a. eine Verordnung zur Schaffung der neuen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AMLA) mit Sitz in Frankfurt a.M., die direkte und indirekte Aufsichtsbefugnisse wahrnehmen wird. Die EU-weite Harmonisierung der Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche sieht u.a. eine Obergrenze i. H. v. 10.000 EUR für Barzahlungen sowie klare Vorgaben zur Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen und den Aufsichtsbehörden vor. Zudem werden die geltenden Vorschriften auf eine Reihe neuer Verpflichteter ausgeweitet, etwa auf Händler von Luxusgütern sowie Fußballvereine und -agenten.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/30/anti-money-laundering-council-adopts-package-of-rules/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

ESAs; Greenwashing-Bericht der ESAs

Die drei EU-Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities – ESAs: die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA, die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung EIOPA sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA) haben am 04.06.2024 auf Aufforderung der Kommission drei separate Abschlussberichte zum Thema Greenwashing veröffentlicht. Die Berichte beinhalten eine gemeinsame Definition von Greenwashing im Finanzsektor und gehen auf die Risiken ein, die mit Greenwashing für Investoren und Finanzmärkte einhergehen. Weiterhin legen die ESAs Vorschläge zu einer effektiveren Aufsicht vor. Die quantitative Analyse weist darauf hin, dass der Trend des Greenwashings deutlich zugenommen habe.

<https://www.eba.europa.eu/publications-and-media/press-releases/esas-present-common-understanding-greenwashing-and-warn>

Kommission; Ausschreibung zum Vorsitz der EU-Antigeldwäschebehörde AMLA

Am 07.06.2024 wurde die Funktion des Vorsitzes der neuen EU-Antigeldwäschebehörde AMLA im EU-Gesetzblatt veröffentlicht. Der bzw. die Vorsitzende soll die AMLA rechtlich sowie nach außen hin vertreten. Weiterhin wird er oder sie den Vorsitz bei den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Exekutivausschusses führen und die strategische Planung und Ausrichtung der Behörde leiten. Rat und EP müssen dem von der Kommission vorausgewählten Kandidaten zustimmen. Fristende für die Bewerbung ist der 08.07.2024.

Rat; Standpunkt zur EU-Kleinanlegerstrategie

Der Rat einigte sich am 12.06.2024 auf seinen Standpunkt zu EU-weiten Vorschriften zum Schutz von Kleinanlegern (Retail Investment Package). Mit dem Paket sollen Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen auf den Kapitalmärkten durch mehr Transparenz und klarere Informationen zu Anlageprodukten unterstützt werden – unabhängig davon, welche Produkte, Marketing- und Vertriebskanäle sie nutzen. Im Ergebnis soll mehr privates Kapital in der EU mobilisiert werden, wovon v.a. auch kleine und mittelständische Betriebe profitieren sollen. Anders als im Kommissionsvorschlag beabsichtigt soll es nach dem Willen des Rates jedoch kein Provisionsverbot geben. Die EU-Kleinanlegerstrategie ist Teil des Bemühens um die Kapitalmarktunion. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/06/12/retail-investment-package-council-agrees-on-its-position/>

EZB; Bericht zur internationalen Rolle des Euro

Die EZB hat am 12.06.2024 einen Bericht zur internationalen Rolle des Euro veröffentlicht. Demnach blieb die internationale Rolle des EUR im Jahr 2023 weitgehend stabil. Der Anteil des EUR an den verschiedenen Indikatoren für die internationale Verwendung von Währungen liege weiterhin bei über 19% und damit in der Nähe des Durchschnittswerts seit dessen Einführung im Jahre 1999. Der EUR bliebe auch die zweitwichtigste Währung weltweit. Jedoch sei das Risiko einer stärkeren Fragmentierung des internationalen Währungssystems aufgrund der geopolitischen Spannungen gestiegen. Die internationale Rolle des EUR solle vorrangig durch eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2024/html/ecb.pr240612~52259e0382.de.html>

F i n a n z e n

Kommission; Verfahren gegen Deutschland wegen Verletzung der Steuertransparenzvorschriften

Die Kommission hat am 23.05.2024 DEU, HUN, POL und ROM ein Aufforderungsschreiben übermittelt und damit ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Mit der Änderung der Richtlinie 2011/16/EU wurden ab dem 01.01.2023 neue Steuertransparenzvorschriften für Transaktionen auf digitalen Plattformen eingeführt, die die Feststellung steuerpflichtiger Sachverhalte erleichtern sollen. DEU, HUN, POL und ROM seien ihrer Verpflichtung zum Austausch der erforderlichen Informationen mit den Steuerbehörden anderer Mitgliedstaaten nicht nachgekommen. Diese seien jedoch notwendig, um gleiche Ausgangsbedingungen in der EU und ein reibungsloses Funktionieren von der Richtlinie in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_24_2422

EZB; Zinssenkung im Juni 2024

In seiner geldpolitischen Sitzung am 06.06.2024 hat der EZB-Rat eine Zinssenkung um 25 Basispunkte beschlossen. Damit sinkt der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft auf 4,25 %, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 4,5 % und für die Einlagefazilität auf 3,75 %. Zuvor waren die Leitzinsen seit September 2023 unverändert. Der EZB-Rat begründete die nun gelockerte Geldpolitik mit der rückläufigen Entwicklung der Inflation in der Eurozone. Gleichzeitig warnte er vor zu optimistischen

Erwartungen: Angesichts des kräftigen Lohndrucks werde die Inflationsrate voraussichtlich bis weit ins kommende Jahr hinein über dem Zielwert von 2 % liegen. Für das laufende Jahr geht die EZB von einer Gesamtinflation von durchschnittlich 2,5 %, für 2025 von 2,2 % und für 2026 von 1,9 % aus. Der EZB-Rat betonte, sich nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad festzulegen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2024/html/ecb.mp240606-2148ecdb3c.de.html>

S o z i a l e s

Kommission; Start einer Task-Force zur Integration von Migranten

Wie die Kommission am 28.05.2024 verkündete, hat die griechische Regierung eine Task-Force zur Integration von Migranten ins Leben gerufen, um Drittstaatsangehörige vollständig in die Gesellschaft zu integrieren. Die Task-Force soll die Zusammenarbeit zwischen nationalen und lokalen Behörden fördern sowie die Nutzung von EU-Mitteln optimieren. Schwerpunkte sind die frühzeitige Integration, der Arbeitsmarktzugang und eine umfassende Aufklärung der Migranten über ihre Rechte und Pflichten.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/european-commission-and-greece-launch-task-force-migrant-integration-2024-05-28_en

AdR; Studie zur Umsetzung der Jugendarbeitsagenda und den Bonn-Prozess

Der AdR hat am 28.05.2024 eine Studie zur Jugendarbeitsagenda vorgestellt. Ziel dieser Studie ist es, die Umsetzung der Europäischen Jugendarbeitsagenda (EYWA) und des Bonn-Prozesses in der EU zu analysieren. Beide Programme fördern die Sichtbarkeit der Jugendarbeit auf europäischer Ebenen sowie deren Umsetzung. Die Untersuchung beleuchtet Herausforderungen, mit denen lokale und regionale Akteure, NGOs und Jugendbetreuer konfrontiert sind, und bietet Lösungsvorschläge. Der AdR hatte die Studie beauftragt, um den belgischen EU-Ratsvorsitz zu unterstützen. In der Studie werden durch Datenerhebung und qualitative Analysen Empfehlungen für eine bessere Umsetzung entwickelt. Es wird festgestellt, dass das Bewusstsein für EYWA und den Bonn-Prozess auf lokaler Ebene gering ist, und es werden Maßnahmen zur Verbesserung der Einbindung und Finanzierung vorgeschlagen.

<https://cor.europa.eu/en/engage/studies/Documents/Implementing%20the%20European%20youth%20work%20agenda%20and%20the%20Bonn%20Process%20at%20the%20local%20and%20regional%20level%20in%20the%20EU/QG0424470ENN%20Implementing%20the%20European%20youth%20work%20agenda%20and%20the%20Bonn%20Process%20at%20the%20local%20and%20regional%20level%20in%20the%20EU.pdf>

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Konsultation zu Analysemethoden für amtliche Kontrollen

Am 04.06.2024 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Analysemethoden für mikrobiologische Kriterien in Lebensmitteln gestartet. Auf dieser Basis sollen künftig die Analysemethoden festgelegt werden, welche die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten verwenden, um die Einhaltung der Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 bei Lebensmittelunternehmer zu überprüfen. Künftige neue Regeln sollen die Einheitlichkeit und Zuverlässigkeit der amtlichen Kontrollen verbessern und treten nach der Konsultationsphase in Kraft. Insbesondere werden Referenzmethoden und

validierte alternative Methoden für Laboranalysen festgelegt. Rückmeldungen zu dieser Initiative können bis zum 02.07.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13908-Foodstuffs-methods-of-analysis-for-official-checks-as-laid-down-in-Commission-Regulation-No-2073-2005_en

Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfen für das gemeinsame europäische Gesundheitswesen

Die Kommission hat am 28.05.2024 ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse im Gesundheitswesen („IPCEI Med4Cure“) genehmigt. Sechs Mitgliedstaaten – BEL, FRA, IRL, SLK, ESP und HUN – stellen bis zu 1 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln bereit, was voraussichtlich weitere 5,9 Mrd. EUR an privaten Investitionen mobilisieren wird. Ziel ist die Förderung von Forschung, Innovation und nachhaltigen Herstellungsverfahren für Arzneimittel, insbesondere für Krankheiten ohne ausreichende Behandlungsmöglichkeiten. 13 Unternehmen, darunter neun Kleine und Mittlere (KMU), beteiligen sich an 14 innovativen Projekten, die die pharmazeutische Wertschöpfungskette abdecken sollen. Die Projekte sollen die EU-Gesundheitsindustrie stärken, die besser auf neu auftretende Gesundheitsgefahren vorbereiten und rund 6.000 Arbeitsplätze schaffen. Die Kommission hat die Beihilfen nach EU-Vorschriften geprüft und festgestellt, dass sie die EU-Ziele für eine grünere, sicherere und widerstandsfähigere Wirtschaft unterstützen und die Wettbewerbsverzerrungen minimal halten. Der Abschluss des Projekts ist für 2036 geplant.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2852

Kommission; Europäische Woche gegen Krebs

Während der Europäischen Woche gegen Krebs hat die Kommission am 29.05.2024 neue EU4Health-Projekte gestartet. Dazu gehören unter anderem die FILTERED und PreventNCD Projekte zur Krebsprävention, EUCervScreen QA zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs und OriON zur Analyse von Ungleichheiten in der Krebsversorgung. INTERACT-EUROPE 100 verbessere die Krebsausbildung, während TRANSITION und DigiCanTrain digitale Kompetenzen in der Krebsbehandlung fördern soll. Diese Initiativen zielen darauf ab, die Gesundheitssysteme Europas zu stärken und Krebs wirksamer zu bekämpfen.

https://hadea.ec.europa.eu/news/european-week-against-cancer-new-eu4health-projects-working-prevention-early-detection-and-diagnosis-2024-05-29_en?prefLang=de

Kommission; Start einer öffentlichen Konsultation zu Interessenkonfliktregeln zur Bewertung von Gesundheitstechnologien

Die Kommission hat am 29.05.2024 eine öffentliche Online-Konsultation zum Entwurf eines Durchführungsrechtsakts über den Umgang mit Interessenkonflikten bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA) gestartet. Die Konsultation läuft bis zum 26.06.2024. Die Interessenkonflikte betreffen aktuelle und vergangene Interessen im Industriesektor des Entwicklers von Gesundheitstechnologien. Der Entwurf enthält Regeln für den Umgang mit Interessenkonflikten von Akteuren wie Vertretern der Koordinierungsgruppe der Mitgliedstaaten, Patienten sowie Experten.

<https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-archives/53503>

Rat; Neue Maßnahmen um Engpässen bei Medizinprodukten vorzubeugen

Der Rat hat am 30.05.2024 neue Vorschriften zur Vermeidung von Engpässen bei Medizinprodukten und zur Förderung von Transparenz und Informationszugang angenommen. Die Änderungen betreffen insbesondere In-vitro-Diagnostika (IVD) und

beinhalten eine Verlängerung der Übergangsfrist zum neuen System unter bestimmten Bedingungen, um Engpässe bei kritischen IVD zu vermeiden, ohne jedoch die Sicherheit zu beeinträchtigen. Zudem wird die europäische Datenbank für Medizinprodukte schrittweise eingeführt, wobei Hersteller bereits Informationen an bestehende Module übermitteln müssen. Weiterhin sind Hersteller jetzt verpflichtet, im Voraus über Unterbrechungen der Lieferung bestimmter kritischer Medizinprodukte zu informieren. Diese Maßnahmen bauen auf die 2017 eingeführten und 2022 wirksam gewordenen Verordnungen für Medizinprodukte und IVD, um die Patientensicherheit zu verbessern sowie den Übergang zu neuen Vorschriften zu erleichtern.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/05/30/medical-devices-council-adopts-new-measures-to-help-prevent-shortages/>

Europäische Arzneimittelagentur; Jahresbericht 2023 über Medizin und Gesundheit

Der am 30.05.2024 veröffentlichte Jahresbericht 2023 der Europäische Arzneimittelagentur (EMA) beleuchtet die Beiträge der Agentur zur öffentlichen und tierischen Gesundheit in der EU. Im Jahr 2023 empfahl die EMA die Zulassung von 77 Humanarzneimitteln, darunter 39 mit neuen Wirkstoffen, sowie 14 Tierarzneimitteln, wovon neun neue Wirkstoffe enthielten. Zwei RSV-Impfstoffe und das erste CRISPR/Cas9-basierte Arzneimittel erhielten positive Bewertungen. Zudem wurde Initiative „Cancer Medicines Pathfinder“ gestartet, um die Entwicklung von Krebsmedikamenten zu fördern. Das Ziel der EMA ist es, durch Transparenz und Kommunikationsarbeit in der datenbasierten Arzneimittelregulierung Vertrauen zu schaffen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/annual-report-highlights-progress-science-medicines-health-2023>

Kommission; Einigung auf weltweite Gesundheitssicherheitsvorschriften

Die Kommission begrüßte das am 01.06.2024 auf der Weltgesundheitsversammlung in Genf erzielte Abkommen über die überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften. Die COVID-19-Pandemie zeigte den Modernisierungsbedarf der fast 20 Jahre alten Vorschriften. Infolgedessen haben 190 Länder, darunter alle Mitgliedstaaten, nach intensiven Verhandlungen Änderungen angenommen. Diese beinhalten eine Verbesserung des Managements internationaler Gesundheitsnotstände und sollen die Bürgerinnen und Bürger vor grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen besser schützen. Zudem wird die Fortsetzung der Verhandlungen über ein Pandemie-Abkommen bis 2025 angestrebt, um eine stärkere und gerechtere globale Gesundheitsarchitektur zu schaffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_24_3031

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Warnung angesichts steigender Fälle sexuell übertragbarer Krankheiten (STI-Fälle)

Wie das ECDC am 03.06.2024 mitteilte, hat es anhand der Daten von März 2024 einen Anstieg bei Chlamydien, Gonorrhö und Syphilis festgestellt. Aufgrund dessen warnt ECDC und betont die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses von Safer Sex und präventiven Maßnahmen. Mit Beginn der Sommerreise- und Festivalsaison sollten Menschen sich der Verbreitung von STIs bewusst sein, regelmäßig Tests durchführen und Informationen von Gesundheitsfachkräften einholen. Vorbeugende Maßnahmen umfassen u.a. Einweghandschuhe, Dental Dams, Impfungen gegen Hepatitis A und B sowie Mpox.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/protect-your-health-summer-ecdc-urges-vigilance-against-rising-sti-cases>

Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA); Zusammensetzungsempfehlung des Grippeimpfstoffs 2024/2025

Die EMA hat am 26.05.2024 für die Grippesaison 2024/2025 empfohlen, von vierwertigen auf dreiwertige Impfstoffe umzusteigen, die keine B/Yamagata-Komponente enthalten. Diese Entscheidung basiert auf Daten, die zeigen, dass der B/Yamagata-Stamm seit März 2020 nicht mehr zirkuliert. Für trivalente Impfstoffe sollten Hersteller bestimmte H1N1-, H3N2- und B/Victoria-ähnliche Viren verwenden. Die EMA empfiehlt, Anträge auf Änderung der Impfstoffzusammensetzung bis zum 17.06.2024 einzureichen. Diese Maßnahmen sollen die Wirksamkeit der Impfstoffe angesichts der ständigen Veränderung der Influenzaviren gewährleisten.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/eu-recommendations-2024-2025-seasonal-flu-vaccine-composition>

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Gesundheitstipps für die Zuschauer der Europameisterschaft

Die diesjährige UEFA EURO findet vom 14.06.-14.07.2024 in DEU statt. Um die Gesundheit und Sicherheit der Zuschauer zu fördern, haben die WHO, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie das ECDC spezielle Gesundheitstipps entwickelt, die am 10.06.2024 vorgestellt wurden. Diese umfassen Informationen zu notwendigen Impfungen, Schutz vor Krankheiten und den Umgang mit Hitze. Zudem gibt es Hinweise zur sexuellen Gesundheit sowie zum Konsum von Alkohol, Tabak und Cannabis.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/helping-football-fans-stay-safer-summer-new-public-health-advice-developed-spectators>

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Bericht zur Resistenz gegen antimikrobielle Mittel bei Gonorrhö

Das ECDC hat am 10.06.2024 einen Bericht veröffentlicht, der auf die zunehmende antimikrobielle Resistenz von *Neisseria gonorrhoeae* hinweist. Im Jahr 2022 zeigten zwei von 4.396 untersuchten Isolaten eine Resistenz gegen das empfohlene Antibiotikum Ceftriaxon, und die Resistenz gegen Azithromycin und Ciprofloxacin stieg signifikant. Die Zahl der gemeldeten Gonorrhö-Fälle in Europa nahm um 48 % zu, was die höchste Rate seit Beginn der Überwachung im Jahr 2009 darstellt. Diese Entwicklungen erfordern eine verstärkte Überwachung und die Entwicklung neuer Behandlungsstrategien. Zudem betont das ECDC die Notwendigkeit sicherer Sexualpraktiken und den umsichtigen Einsatz von Antibiotika, um die Ausbreitung resistenter Stämme zu verlangsamen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/antimicrobial-resistance-gonorrhoea-rising-threat-treatment-efficacy>

EMCDDA; Veröffentlichung des Drogenberichtes 2024

Am 11.06.2024 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) den Europäischen Drogenbericht 2024, der die Drogensituation in Europa bis Ende 2023 bewertet. Der Bericht analysiert Daten aus 29 Ländern und hebt die Zunahme des Polysubstanzgebrauchs sowie die damit verbundenen Gesundheitsrisiken hervor. Es wurden fast 400 neue psychoaktive Substanzen entdeckt. Der Bericht betont die Notwendigkeit verbesserter Überwachung, Prävention und Behandlung sowie einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit. Ab dem 02.07.2024 wird die neue Drogenagentur der EU die Überwachung und Analyse von Drogenmustern intensivieren.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/european-drug-report-2024-latest-data-drug-situation-europe-2024-06-11_en?prefLang=de

Kommission; Bestellung von 665,000 Dosen Influenza-Impfstoffe

Am 11.06.2024 unterzeichnete die Kommission einen Vertrag zur Lieferung von bis zu 665.000 Dosen eines zoonotischen Influenza-Impfstoffs gegen Vogelgrippe, mit einer Option auf zusätzliche 40 Mio. Dosen. Dieser Vertrag sichert 15 Mitgliedstaaten und Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums Zugang zu Impfstoffen, die bei Bedarf bestellt werden können. Erste Lieferungen gehen nach FIN, um Arbeitnehmer mit hohem Expositionsrisiko zu impfen. Der Impfstoff schützt vor H5-Stämmen des Influenza-A-Virus und ist der einzige präventive zoonotische Influenza-Impfstoff in der EU. Dieses Abkommen stärkt die Gesundheitsvorsorge der EU und gewährleistet eine schnelle und koordinierte Reaktion auf potenzielle Gesundheitsbedrohungen.

https://health.ec.europa.eu/latest-updates/commission-secures-access-665000-doses-zoonotic-influenza-vaccines-2024-06-11_en?prefLang=de

EMA; Beratungspiloten zur Verbesserung klinischer Studien

Die Initiative „Accelerating Clinical Trials in the EU“ (ACT EU) startet am 10.06.2024 zwei Pilotprogramme zur Verbesserung der Qualität von Anträgen für klinische Studien in Europa. ACT EU ist eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), den Leitern der Arzneimittelagenturen der Mitgliedstaaten und der Kommission. Das erste Programm bietet wissenschaftliche Beratung zu klinischen Studien und Zulassungsanträgen, während das zweite technische und regulatorische Unterstützung vor der Einreichung von Anträgen bereitstellt. Entwickler von Arzneimitteln können ab sofort diese Beratungsangebote nutzen. ACT EU zielt darauf ab, die EU als zentralen Punkt für klinische Forschung weiterzuentwickeln und die Integration in das europäische Gesundheitssystem zu fördern.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/two-new-advice-pilots-improve-clinical-trials-europe>

ECDC; Bericht über die Ausbreitung von übertragenen Seuchenausbrüchen durch Mücken 2023

Am 11.06.2024 stellte das ECDC einen Bericht zu Seuchenausbrüchen vor, die durch die Mücken verursacht wurden. Im Jahr 2023 wurden in der EU sowie dem Europäischen Wirtschaftsraum 130 lokale Dengue-Fälle gemeldet, was einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. Importierte Dengue-Fälle erreichten 2023 mit über 4.900 Fällen einen neuen Höchststand. Auch die Ausbreitung des West-Nil-Virus bleibt mit 713 lokal erworbenen Fällen in 123 Regionen besorgniserregend. Mückenarten wie Aedes albopictus und Aedes aegypti breiten sich weiter in Europa aus. Koordinierte Maßnahmen und verstärkte Überwachung seien entscheidend, um die Ausbreitung dieser Krankheiten zu bekämpfen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/worsening-spread-mosquito-borne-disease-outbreaks-eueea-according-latest-ecdc-figures>

U m w e l t

Kommission; Copernicus-Daten; Erwärmung der Oberflächenlufttemperatur

Am 05.06.2024 hat die Beobachtungsstelle der Kommission für den Klimawandel, Copernicus Climate Change Service, bekannt gegeben, dass der Mai 2024 der wärmste Monat war, der jemals auf globaler Ebene aufgezeichnet wurde mit einer durchschnittlichen Oberflächenlufttemperatur, die 0,65°C über dem Durchschnitt der Jahre 1991-2020 lag. Die europäische Durchschnittstemperatur für März-Mai 2024 war die höchste, die jemals für diese Jahreszeit aufgezeichnet wurde. Die

Beobachtungsstelle führt aus, dass der Mai 2024 in weiten Teilen von Island, des GBR und IRLs, in Mittel- und den meisten Teilen Südosteuropas, im Norden der Iberischen Halbinsel und im Westen Russlands feuchter war als im Durchschnitt. Der europäische Frühling 2024 war über weiten Teilen Westeuropas, ITL dem westlichsten Teil Russlands und einem Teil des südlichen Kaukasus sowie über Teilen der Iberischen Halbinsel feuchter als im Durchschnitt. Die arktische Meereisausdehnung lag nur leicht unter dem Durchschnitt, wie schon im Mai 2022 und 2023. Die antarktische Meereisausdehnung lag 8 % unter dem Durchschnitt und war damit die sechsniedrigste Ausdehnung im Mai seit Beginn der Satelliten-datenaufzeichnung.

<https://climate.copernicus.eu/climate-bulletins>

Kommission; Weichmacher Bisphenol A; Verbot in Lebensmittelkontaktmaterialien

Die Kommission hat am 12.06.2024 bekannt gegeben, dass ihr Vorschlag hinsichtlich eines Verbotes des Weichmachers Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien angenommen wurde. Die Mitgliedstaaten (MS) haben den entsprechenden Vorstoß verabschiedet. Somit dürfen Lebensmittelkontaktmaterialien den Stoff Bisphenol A nicht mehr enthalten. Zu diesen Materialien gehören z.B. Verpackungen wie beschichtete Metalldosen und wiederverwendbare Trinkflaschen aus Kunststoff oder die Beschichtung von Metalldosen, außerdem bei Konsumgütern wie wiederverwendbaren Getränkeflaschen aus Kunststoff, Kühler für die Wasserverteilung oder andere Küchenartikeln. Hier darf der Weichmacher nach Ablauf einer Übergangsfrist nicht mehr verwendet werden. Die Entscheidung stützt sich auf eine wissenschaftliche Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Die EFSA kam zu dem Schluss, dass BPA potenzielle schädliche Auswirkungen auf das Immunsystem hat. Dem Verbot gingen eine durchgeführte öffentliche Konsultation und Diskussionen mit den MS voraus. Nur sofern keine Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher bestehen und es keine anderen sicheren Alternativen gibt, greifen bestimmte Ausnahmen und Übergangsfristen. Das Verbot tritt nach einem Prüfzeitraum für die EU-Institutionen Ende 2024 in Kraft.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-staaten-fur-verbot-von-weichmacher-bisphenol-lebensmittelkontaktmaterialien-2024-06-12_de

Europäische Umweltagentur; Bericht zur Sicherheit der Badegewässer

Am 28.05.2024 hat die Europäische Umweltagentur ihren Jahresbericht zur Sicherheit der Badegewässer in der EU veröffentlicht. Dieser zeigt, dass 85,4 % der europäischen Badegewässer 2023 die Bestnote „ausgezeichnet“ erhielten und den strengsten EU-Anforderungen bspw. der Badegewässerrichtlinie genügen. 96 % der Badegewässer erfüllen die Mindestanforderungen, während nur 1,5 % als „mangelhaft“ bewertet wurden. Die Nutzung der mit „mangelhaft“ bewertenden Gewässer stellt ein gesundheitliches Risiko dar. Der Bericht betont die Bedeutung der Überwachung von Bakterien zur Sicherstellung der Badesicherheit. Trotz der guten bakteriologischen Qualität der Badegewässer sind Oberflächen- und Grundwasser weiterhin belastet, was durch den Klimawandel verschärft werden kann. Die Badegewässerrichtlinie und andere EU-Wasserschutzgesetze zielen darauf ab, die Wasserqualität zu verbessern und den Zugang zu sauberem Wasser sicherzustellen.

https://commission.europa.eu/news/europes-bathing-waters-remain-safe-2024-05-28_de

Kommission; Klimaschutz; Digitalprojekt; Datenauswertung

Die Kommission hat am 10.06.2024 das sog. erste „Destination Earth System“ (DestinE) aktiviert. DestinE ist eine Leitinitiative der Kommission mit dem Ziel, einen

hochpräzisen digitalen Zwilling der Erde zu entwickeln. Die Einführung des DestinE-Systems besteht darin, dass die europäischen Hochleistungsrechner (EuroHPC), einschließlich eines Supercomputers in Kajaani (Finnland), beauftragt wurden, die Auswirkungen des Klima-wandels und extremer Wetterereignisse zu simulieren. Europa werde besser darauf vorbereitet sein, auf Naturkatastrophen größeren Ausmaßes zu reagieren, sich an den Klimawandel anzupassen und die potenziellen sozioökonomischen und politischen Auswirkungen solcher Ereignisse zu bewerten. DestinE nutzt mit EuroHPC-Computern und künstlicher Intelligenz noch nie dagewesene Modellierungskapazitäten. Die Initiative ist laut Kommission auch ein Schlüsselement der europäischen Datenstrategie, da sie den Zugang zu wertvollen Datenquellen in ganz Europa konsolidiere. DestinE ist ab sofort in Betrieb und dürfte sich ständig weiterentwickeln, den Betrieb erweitern und weitere Komponenten entwickeln. Bis 2030 soll DestinE eine vollständige digitale Nachbildung der Erde abschließen. DestinE wurde 2022 von der Kommission in Partnerschaft mit dem Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF), der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) ins Leben gerufen. Die derzeit vereinbarte Finanzierung im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ beläuft sich auf über 315 Mio. EUR.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3181

Kommission; Konsultation; Umsetzungslücken im Bereich der Umweltpolitik

Am 07.06.2024 hat die Kommission eine Konsultation zur Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik in allen Mitgliedstaaten (MS) gestartet. Mit dieser Initiative sollen die relevantesten Umsetzungslücken in den MS ermittelt und Lösungen zur Beseitigung dieser Ursachen gefunden werden. Technische Hilfe und der Austausch bewährter Verfahren soll gefördert werden und es soll allen Beteiligten erleichtert werden, Informationen über die Umsetzung dieser Maßnahmen zu finden. Die Konsultation wird bis zum 05.07.2024 laufen. Im Rahmen dieser Initiative der Kommission soll insbesondere für die Thematik sensibilisiert werden. Vorgesehen ist im Anschluss die Vorlage einer Mitteilung durch die Kommission.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14254-EU-environmental-law-2025-implementation-review_en

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; EU-Handelsstützungsmaßnahmen für die Ukraine treten in Kraft

Die Aussetzung der Einfuhrzölle und Kontingente für ukrainische Ausfuhren in die EU wurde um ein weiteres Jahr verlängert, nachdem die vom Rat am 13.05.2024 verabschiedete Verordnung nunmehr am 06.06.2024 in Kraft getreten ist. Die Maßnahmen enthalten einen verstärkten Schutzmechanismus. Für Eier, Geflügel, Zucker, Hafer, Mais, Grütze und Honig ist eine Notbremse vorgesehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_3144

Kommission; Konsultation zu Vermarktungsnormen für Olivenöl

Am 31.05.2024 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Harmonisierung der EU-Vermarktungsnormen für Olivenöl gestartet. Mit dieser Initiative sollen künftig EU-Vermarktungsnormen für Olivenöl an die Änderungen des Internationalen Olivenrats angepasst und Vorschriften für die Überprüfung der organoleptischen Merkmale sowie das Probenahmeverfahren für Konformitätskontrollen klarer gefasst werden. Die Durchführungsverordnung (EU) 2022/2105 wird dahingehend geändert, dass neue

Analysemethoden integriert und einheitliche Verfahren zur Bewertung organoleptischer Eigenschaften eingeführt werden. Ziel sei es, sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten die gleichen Standards anwenden und Verstöße gemeldet werden. Die Rückmeldungen dazu können bis zum 28.06.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13838-Olive-oil-marketing-standards-revision-of-conformity-checks_en

Kommission; Konsultation zu georeferenzierten Fotos in der Landwirtschaft

Am 11.06.2024 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema georeferenzierte Fotos in der Landwirtschaft gestartet. Diese Initiative zielt darauf ab, die Vorschriften für georeferenzierte Fotos zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Landwirte im Bereich der Regeln zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu reduzieren. Die Mitgliedstaaten sollen mehr Flexibilität bei der Integration dieser Fotos in das Flächenüberwachungssystem erhalten. Zudem sollen bestimmte Verpflichtungen gestrichen und alternative Datennutzungen ermöglicht werden. Damit wird die betroffene Durchführungsverordnung (EU) 2022/1173 geändert. Rückmeldungen können bis zum 09.07.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14280-Common-agricultural-policy-geo-tagged-photos-simplified-rules_en

Kommission; Konsultation zum Verzeichnis der anerkannten Kontrollbehörden und Kontrollstellen für ökologische Erzeugnisse

Am 11.06.2024 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Anerkennung von Kontrollstellen für ökologische Erzeugnisse gestartet. Diese Initiative zielt darauf ab, das Verzeichnis der Kontrollbehörden und Kontrollstellen zu erneuern, die nach den neuen EU-Vorschriften für ökologische Erzeugnisse anerkannt sind, deren einschlägige Anerkennung am 31.12.2024 ausläuft. Mit der Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 sollen „A CERT European Organization for Certification S.A.“ und „Organska Kontrola“ für bestimmte Produktkategorien in bestimmten Drittländern anerkannt werden. Dies stelle sicher, dass diese Kontrollstellen auch weiterhin ökologischen/biologischen Erzeugnisse für die Einfuhr in die EU zertifizieren können. Rückmeldungen können bis zum 09.07.2024 eingereicht werden und sollen in die Verfolgung dieser Initiative eingehen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14264-Organic-products-List-of-recognised-control-authorities-and-control-bodies-for-the-imports-of-organic-products-compliant-with-EU-rules_en

Kommission; Konsultation; Beihilfen für den Agrarsektor

Die Kommission hat am 07.06.2024 eine Konsultation eingeleitet, in der Interessierte zu Änderungen der Vorschriften über geringfügige Beihilfen für den Agrarsektor („De-minimis-Verordnung für die Landwirtschaft“) Stellung nehmen können. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 21.07.2024 möglich. Gemäß der letzten Überarbeitung der Vorschriften im Jahr 2019 können die Mitgliedstaaten (MS) über einen Zeitraum von drei Steuerjahren im Agrarsektor Unterstützung in Höhe von bis zu 20.000 EUR je Begünstigtem gewähren, ohne dass dies der Kommission vorab zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Verfügt ein MS auf nationaler Ebene über ein Zentralregister für De-minimis-Beihilfen, so gilt für einen Zeitraum von drei Steuerjahren ein Höchstbetrag von 25.000 EUR. Die aktuell geltende De-minimis-Verordnung für die Landwirtschaft läuft am 31.12.2027 aus.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3146

Kommission; Vorschriften für Zollkontingente für Agrarimporte

Die Kommission hat am 05.06.2024 den Entwurf einer delegierten Verordnung über geänderte Vorschriften für das Erfordernis von Referenzmengen für Zollkontingente veröffentlicht und zur Konsultation gestellt. Die Verordnung (EU) 2020/760 enthält die aktuell geltenden Vorschriften, die für EU-Importeure bei der Beantragung von Einfuhrlicenzen gelten. Einführer können Lizenzen für eine Menge beantragen, die maximal der durchschnittlichen jährlichen Menge von Erzeugnissen desselben Ursprungs entspricht, die in den zurückliegenden zwei Jahren zum zollrechtlich freien Verkehr in der EU überlassen wurden. Mit dieser Initiative sollen künftig die Vorschriften über Referenzmengen angepasst werden, um mögliche Marktverzerrungen aufgrund der jüngsten Marktentwicklungen in einigen sensiblen Sektoren zu vermeiden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14070-Zollkontingente-geanderte-Vor-schriften-fur-das-Erfordernis-von-Referenzmengen_de

Justiz

Kommission; Einstellung des Verfahrens gegen POL nach Art. 7 EUV

Die Kommission hat am 29.05.2024 beschlossen, das mit Beschluss vom 20.12.2017 begonnene Verfahren gegen POL nach Art. 7 des Vertrags über die EU (EUV) wegen schwerwiegender Verletzung der Rechtsstaatlichkeit einzustellen. Sie war in ihrer Analyse vom 06.05.2024 zu dem Schluss gekommen, dass in POL keine eindeutige Gefahr mehr für eine schwerwiegende Verletzung der Rechtsstaatlichkeit im Sinne von Art. 7 Abs. 1 EUV besteht. POL habe eine Reihe legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen eingeleitet, um den Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz Rechnung zu tragen, den Vorrang des EU-Rechts anerkannt und sich zudem verpflichtet, alle Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) des Europarats in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Unabhängigkeit der Justiz, umzusetzen. Auch die Mitgliedstaaten haben die Anstrengungen der POL Regierung anerkannt, die bestehenden Bedenken auszuräumen, u.a. durch einen am 20.02.2024 von POL vorgelegten Aktionsplan. Nach Diskussion im Rat am 21.05.2024 hat die Kommission beschlossen, das Verfahren nach Art. 7 EUV einzustellen, indem sie ihren mit Gründen versehenen Vorschlag von 2017 zurückzieht, und hierüber Rat und Parlament informiert. Sie wird die Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans sowie andere Schritte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in POL weiterhin überwachen, insbesondere im Rahmen des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit, und weiterhin mit den POL Behörden zusammenarbeiten, um sie in ihrem Bemühen um die Förderung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_2986

Rat: Justizrat in Luxemburg

Am 13./14.06.2024 kamen in Luxemburg die Innen- und Justizminister der EU zu ihrem regulären Ratstreffen zusammen. Auf der Tagesordnung der Justizminister standen zwei Orientierungsaussprachen zu dem Vorschlag einer Verordnung zur Erleichterung der Anerkennung von Elternschaft in einem anderen Mitgliedstaat und zu der vorgeschlagenen Aktualisierung einer Richtlinie aus dem Jahr 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie. Weitere Themen waren Korruptionsbekämpfung, Drogenhandel, ein Bericht über die Tätigkeiten der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Stärkung

und der Schutz einer freien, offenen und informierten demokratischen Debatte und ein Fortschrittsbericht über die Umsetzung des Übereinkommens von Istanbul gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, welchem die EU 2023 beigetreten ist.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2024/06/14/>

Kommission; EU-Justizbarometer 2024 veröffentlicht: bessere öffentliche Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz

Am 12.06.2024 hat die Kommission die zwölfte Ausgabe des EU-Justizbarometers veröffentlicht, das einen Jahresüberblick mit vergleichbaren Daten über die Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den Mitgliedstaaten bietet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die öffentliche Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz verbessert, auch in Ländern, die mit systembedingten Herausforderungen konfrontiert sind. Das diesjährige Justizbarometer enthält u.a. neue Informationen über den Zugang zu Justizberufen für Menschen mit Behinderungen, den Zugang zur Justiz für Verbraucher bei Verbandsklagen zum Schutz ihrer Kollektivinteressen, die Gehälter der Fachbediensteten bei Gericht und Staatsanwaltschaft sowie über Notare und ihre Befugnisse in Nachlassverfahren. Die Ausgabe 2024 enthält erstmals auch konkrete neue Zahlen zur Unabhängigkeit der Justiz, z. B. zur Ernennung von Gerichtspräsidenten und zur Entlassung von Generalstaatsanwälten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3164

EuG; Rechtsstaatlichkeit: Unzulässigkeit von Nichtigkeitsklagen europäischer Richtervereinigungen gegen den Beschluss des Rates zur Billigung des POL Aufbau- und Resilienzplans

Das Gericht der EU (Große Kammer) hat mit Beschluss vom 04.06.2024 die Klagen europäischer Richtervereinigungen gegen den Beschluss des Rates zur Billigung des POL Aufbau- und Resilienzplans (verbundene Rechtssachen T-530/22 bis T-533/22; Medel u. a./Rat) als unzulässig abgewiesen. Die Vereinigungen seien weder im eigenem Namen klagebefugt noch im Namen der Richter, deren Interessen sie vertreten. In ihren Nichtigkeitsklagen ging es um den Beschluss des Rates vom 17.06.2022 zur Billigung des POL Plan zur Inanspruchnahme von Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität, welche die EU zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie eingerichtet hat. In dem Beschluss legte der Rat u.a. Etappenziele und Zielwerte als Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Mittel fest, welche die Reform des polnischen Justizsystems betreffen. Konkret sollte POL mehrere Maßnahmen zur Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ergreifen. Die Kläger hielten die fraglichen Etappenziele für nicht mit dem Unionsrecht vereinbar, da zu wenig bestimmt. Das Gericht weist darauf hin, dass der Beschluss die POL Verpflichtung unberührt lässt, schnellstmöglich die vom EuGH festgestellten Vertragsverletzungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit abzustellen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286821&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2870075>

EuG; Urteil: McDonald's verliert Unionsmarke „Big Mac“ für Geflügelprodukte

Das Gericht der EU hat am 05.06.2024 in der Rechtssache T-58/23 (Supermac's/EUIPO – McDonald's International Property (BIG MAC)) entschieden, dass McDonald's die Unionsmarke „Big Mac“ für Geflügelprodukte verliert. Es stellt fest, dass McDonald's für bestimmte Waren und Dienstleistungen keine ernsthafte Benutzung während eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren nachgewiesen hat. In dem Rechtsstreit zwischen der IRL Schnellrestaurantkette Supermac's und McDonald's (USA) ging es um die 1996 zugunsten von McDonald's eingetragene Unionsmarke „Big Mac“. Supermac's stellte 2017 einen Antrag auf Erklärung des Verfalls der Marke. Das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) hat

diesem Antrag teilweise stattgegeben, dabei allerdings den McDonald's gewährten Markenschutz u. a. für Speisen aus Fleisch- und Geflügelprodukten, für Fleisch- und Hühnchensandwiches sowie für bestimmte Dienstleistungen bestätigt. Mit seinem Urteil hebt das Gericht die Entscheidung des EUIPO auf und ändert sie teilweise ab, indem es den McDonald's von der angefochtenen Marke gewährten Schutz weiter einschränkt, u.a. hinsichtlich der Waren „Hühnchensandwiches“ und „Speisen aus Geflügelprodukten“ sowie bestimmter Dienstleistungen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286812&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2882648>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts zur Geschlechterdiskriminierung in Tarifverträgen für Flugkabinenpersonal und Piloten (Air Nostrum)

Generalanwalt Szpunak hat am 06.06.2024 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-314/23 (Air Nostrum) vorgelegt, in der welcher es um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts geht. Nach seiner Auffassung steht das Unionsrecht einer Praxis entgegen, nach der eine Fluggesellschaft dem mehrheitlich aus Frauen bestehenden Flugkabinenpersonal zur Deckung der auf Dienstreisen anfallenden Verpflegungskosten ein Tagegeld in geringerer Höhe zahlt, als es aus dem gleichen Grund dem mehrheitlich aus Männern bestehenden technischen Flugpersonal (Piloten) gezahlt wird, wenn sich diese Ungleichbehandlung aus der Anwendung zweier gesonderter Tarifverträge ergibt, die zwischen dem Arbeitgeber und den verschiedenen Gewerkschaften ausgehandelt worden sind. Im Ausgangsrechtsstreit geht es um einen 2019 veröffentlichten neuen Tarifvertrag der Air Nostrum, einer ESP Fluggesellschaft. Die Gewerkschaft der Flugbegleiter der Luftfahrtgesellschaften (STAVLA) hat vor den ESP Gerichten eine Klage mit dem Antrag eingereicht, die in diesem Tarifvertrag festgelegten Tagesgeldbeträge für nichtig zu erklären. Der ESP Nationale Gerichtshof hat den EuGH nach der Auslegung des Verbots von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Arbeits- und Beschäftigungsfragen gefragt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286861&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2887305>

EuG; Abweisung der Klage der Société du Tour de France gegen die Eintragung der Unionsmarke „Tour de X“ u.a. für Sportartikel und sportliche Aktivitäten

Das Gericht der EU hat mit Urteil vom 12.06.2024 in der Rechtssache T-604/22 (Société du Tour de France / EUIPO – FitX (TOUR DE X)) die Klage der Société du Tour de France gegen die Eintragung der Unionsmarke „Tour de X“ abgewiesen. Die Klägerin wandte sich gegen eine Entscheidung des Amtes der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) vom 11.07.2022 zur 2017 beantragten Eintragung der Unionsmarke „Tour de X“ zugunsten der Fitness-Studio-Kette FitX (DEU) u.a. für Sportartikel und sportliche Aktivitäten. Das Gericht bestätigte die Entscheidung des EUIPO und stellte fest, dass das Publikum die Marken nicht verwechseln werde und dass die Benutzung der Marke „Tour de X“ für die von ihr erfassten Waren und Dienstleistungen die Unterscheidungskraft oder die Wertschätzung der Marken der Société du Tour de France auch nicht in unlauterer Weise ausnutze oder beeinträchtige. Das allein beiden Unionsmarken gemeinsame Element „Tour de“ sei von geringer Unterscheidungskraft und vielmehr ein beschreibender Ausdruck, der sehr häufig im Zusammenhang mit Radsportwettbewerben und ähnlichen Wettbewerben verwendet werde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287047&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2888582>

Kommission; Mitteilung zur Bewertung des Zivilschutzmechanismus der EU

Am 29.05.2024 nahm die Kommission eine Mitteilung an Rat und EP zur Bewertung des Zivilschutzmechanismus und der Stärkung der Notfallvorsorge der EU an. Nach der Bewertung ist das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen der EU – das Krisenzentrum der EU – am besten geeignet, das Katastrophenmanagement zu koordinieren und die Anstrengungen der Mitgliedstaaten in den Bereichen Prävention, Vorsorge und Bewältigung wirksam zu unterstützen und zu ergänzen. Laut Bewertung stellt rescEU, die EU-eigene Reserve an Ausrüstung und Material zur Bewältigung von Katastrophen, ein wirksames und effizientes EU-Instrument zur Stärkung der Resilienz der EU dar. Bei der Bewertung wurden jedoch auch Bedenken geäußert, dass die Flexibilität des Katastrophenschutzverfahrens der Union möglicherweise nicht ausreicht, um neuen Bedürfnissen und künftigen Entwicklungen gerecht zu werden, da Katastrophen immer häufiger und komplexer werden.

<https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d4582a7c-1da2-11ef-a251-01aa75ed71a1/language-de>

EuGH; Schlussanträge: Kein „sicherer Herkunftsstaat“ bei territorialen Ausnahmen

Generalanwalt Nicholas Emiliou empfiehlt dem EuGH in seinen Schlussanträgen vom 30.05.2024 u.a. eine Auslegung der Asylverfahrensrichtlinie dahingehend, dass ein Drittstaat nur als sicheres Herkunftsland bezeichnet werden könne, wenn das gesamte Hoheitsgebiet die Bedingungen eines sicheren Herkunftslandes erfüllt. Aus der Asylverfahrensrichtlinie ginge auch hervor, dass in solchen Fällen eine Überprüfung der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat von Amts wegen durch das nationale Gericht erfolgen müsse.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=F942515302F27E6DB170E7693B1A14B4?text=&docid=286575&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8462909>

Kommission; Vorschlag zur Beendigung der visumfreien Einreise aus Vanuatu

Die Kommission hat am 31.05.2024 vorgeschlagen, für vanuatuische Staatsangehörige dauerhaft wieder eine Visumpflicht einzuführen. Mit der dauerhaften Visumpflicht möchte die Kommission gegen irreguläre Migration und Sicherheitsrisiken vorgehen. Im Fall von Vanuatu war die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass mit den in Vanuatu angebotenen Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren Gefahren für die Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten einhergehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3029

Kommission; Eurobarometer: Bürger wollen aktive Rolle der EU bei der Krisenbewältigung

Laut dem am 03.06.2024 veröffentlichten Ergebnis einer Eurobarometer-Umfrage ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die EU heute besser auf die Bewältigung einer größeren Krise vorbereitet ist als noch vor fünf Jahren. Außerdem seien eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die EU eine stärkere Rolle bei der Reaktion auf grenzüberschreitende Krisen haben sollte.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometer-umfrage-burger-wollen-aktivere-rolle-der-eu-bei-der-krisenbewaltigung-2024-06-03_de

Kommission; EU-Katastrophenschutzforum bewertet, wie die Krisenreaktion der EU verbessert werden kann

Die europäische Katastrophenschutzgemeinschaft beriet vom 04.-05.06.2024 auf der achten Konferenz des Europäischen Katastrophenschutzforums über die gewonnenen Erkenntnisse und die weiteren Schritte im Bereich des Katastrophenschutzes. Die Konferenz veranstaltete die Kommission unter dem Motto „Ausgestaltung einer katastrophenresilienten Union: Weichenstellung für die Zukunft des europäischen Katastrophenschutzes“. Sie sollte eine Gelegenheit sein, um über das Katastrophenschutzverfahren der EU zu sprechen und Ideen für Entwicklung, Innovation und Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenrisikomanagements zu entwickeln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3067

Kommission; Vorschlag: Verlängerung des vorübergehenden Schutzstatus für ukrainische Geflüchtete

Die Kommission hat am 11.06.2023 vorgeschlagen, den vorübergehenden Schutz der Menschen, die vor der Aggression Russlands gegen die Ukraine geflohen sind, um ein weiteres Jahr zu verlängern. Das betrifft den Zeitraum vom 05.03.2025 bis zum 04.03.2026. Derzeit genießen fast 4,2 Mio. aus der Ukraine vertriebene Menschen, ein Drittel davon Kinder, vorübergehenden Schutz in der EU.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/angriffskrieg-russlands-eu-kommission-will-vorubergehenden-schutzstatus-fur-ukrainische-gefluchtete-2024-06-11_de

Kommission; Europäischer Drogenbericht 2024: Auswirkungen auf Sicherheit und Gesundheit

Am 11.06.2024 wurde der Jahresbericht 2024 der Drogenbeobachtungsstelle (EMCDDA) der EU veröffentlicht. Danach haben Drogen weiter einen erheblichen Einfluss auf die europäische Sicherheit und Gesundheit. Laut Bericht bleibt die Verfügbarkeit der Drogen hoch. Dies gelte für alle Substanzen. Dazu trügen sowohl Schmuggel als auch die Produktion in der EU bei. Auffallend wäre auch, dass Drogen häufig in hoher Potenz und Reinheit erhältlich seien. Für illegale Drogen zeige sich ein widerstandsfähiger, flexibler und lukrativer Markt. Der Bericht gibt einen Überblick und eine Bewertung der Lage in den Mitgliedstaaten, der Türkei und Norwegen, und verbindet das mit zentralen Empfehlungen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-drogenbericht-2024-auswirkungen-auf-gesundheit-und-sicherheit-2024-06-11_de

https://www.emcdda.europa.eu/publications/european-drug-report/2024_en

EuGH; Urteil zur Anerkennung internationalen Schutzes aufgrund der Identifikation mit dem Wert der Gleichheit von Frauen und Männern

Mit Urteil vom 11.06.2024 hat der EuGH in der Rechtssache C-646/21 entschieden, dass Frauen, die sich mit dem Wert der Gleichheit von Frauen und Männern identifizieren, die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden kann. Die niederländischen Behörden lehnten Asylanträge zweier irakischer Mädchen mehrfach ab, weshalb diese vor dem niederländischen Gericht klagten. Dieses legte dem EuGH mehrere Vorabentscheidungsfragen zur Auslegung der Richtlinie 2011/95 vor, in welcher die Voraussetzungen festgelegt sind, unter denen Drittstaatsangehörigen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden kann. Frauen, die sich mit dem Wert der Gleichheit von Frauen und Männern identifizieren, könnten, je nach den Gegebenheiten des Herkunftsstaates, als „eine bestimmte Gruppe“ angesehen werden. Die Zugehörigkeit zu „einer bestimmten Gruppe“ könne einen „Verfolgungsgrund“ darstellen, der zur Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft führen

kann. Weiterhin weist der EuGH darauf hin, dass bei Anträgen von Minderjährigen das Kindeswohl zwangsläufig zu berücksichtigen sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286987&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1711740>

Kommission; Vorstellung des gemeinsamen Umsetzungsplan für das Migrations- und Asylpaket

Die Kommission hat am 12.06.2024 den gemeinsamen Umsetzungsplan für das Migrations- und Asylpaket vorgestellt. Der gemeinsame Umsetzungsplan enthält ein Muster für die nationalen Umsetzungspläne, die von den Mitgliedstaaten bis Ende 2024 erstellt werden sollen. Der Umsetzungsplan gliedert die rechtlichen, technischen sowie operativen Arbeiten in zehn Bausteine, um die praktischen Umsetzungsanstrengungen zu konzentrieren bzw. zu erleichtern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3161

https://home-affairs.ec.europa.eu/common-implementation-plan-pact-migration-and-asylum_en

Rat; Innen-Rat in Luxemburg

Am 13.06.2024 kamen in Luxemburg die Innenminister der Mitgliedstaaten zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Unterrichtung der Ministerinnen und Minister zum Stand eines Gesetzgebungsvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern durch den Vorsitz. Außerdem standen auf der Agenda der Bericht der Kommission über die Lage im Schengen-Raum, die Zukunft der EU-Visapolitik sowie der Stand zur Umsetzung der Interoperabilität. Der weitere Austausch betraf die Umsetzung des Gemeinsamen Asyl- und Migrationspakets, den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung sowie die Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine. Ferner besprachen die Ministerinnen und Minister die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Sicherheit, die Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens sowie die Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion auf EU-Ebene.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2024/06/13-14/>

EuGH; Urteil zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus bei Staatenlosen palästinensischer Herkunft

Mit Urteil vom 13.06.2024 hat der EuGH in der Rechtssache C-563/22 entschieden, dass Staatenlosen palästinensischer Herkunft, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) registriert sind, die Flüchtlingseigenschaft anzuerkennen ist, wenn der Schutz oder Beistand des UNRWA als nicht länger gewährt angesehen werde. Grundsätzlich sind Personen, die bei der UNRWA registriert sind, von der Anerkennung als Flüchtling in der EU ausgeschlossen. Kann der Schutz oder Beistand des UNRWA jedoch im Gazastreifen nicht länger gewährt werden, wäre den Betroffenen die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen, sofern nicht andere Ausschlussgründe entgegenstünden. Ob der Beistand oder Schutz der UNRWA gegeben ist, bemisst sich danach, ob die UNRWA in der Lage ist, menschenwürdige Lebensbedingungen und ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleisten zu können. Der EuGH stellte insoweit fest, dass sich sowohl die Lebensbedingungen im Gazastreifen als auch die Fähigkeit des UNRWA, seine Aufgabe zu erfüllen, aufgrund der Folgen der Ereignisse vom 07.10.2023 in einer noch nie dagewesenen Weise verschlechtert hätten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287065&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2820814>

EuGH; Verurteilung im Verfahren gegen HUN und Zwangsgeld wegen Verletzung der Asylvorschriften

Mit Urteil vom 13.06.2024 hat der EuGH in der Rechtssache C-123/22 entschieden, dass HUN einen Pauschalbetrag von 200 Mio. EUR und ein Zwangsgeld von 1 Mio. EUR für jeden Tag des Verzuges wegen Nichtumsetzung eines Urteils des EuGHs zu zahlen habe. Im Jahr 2020 verurteilte der EuGH HUN, weil es bei der Zuerkennung des internationalen Schutzes und der Verfahren zu Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger rechtswidrig verfuhr. Wie der EuGH nun feststellte, ist HUN dem Urteil nicht nachgekommen. Die Umgehung der Anwendung gemeinsamer Politik der EU wird als außergewöhnlicher und schwerer Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität angesehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287062&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2821365>

Rat; Einigung auf Standpunkt zu DSGVO-Durchsetzungsregeln

Der Rat hat sich am 13.06.2024 auf einen gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedstaaten zu einer neuen Verordnung geeinigt, die die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Datenschutzbehörden bei der Durchsetzung der Allgemeinen Datenschutzverordnung verbessern soll. Nach der Verabschiedung soll die Verordnung Instrumente bereitstellen, um die Bearbeitung von grenzüberschreitenden Beschwerden von Bürgern oder Organisationen sowie etwaige Folgeuntersuchungen zu beschleunigen und einheitliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit bei grenzüberschreitenden Verfahren in der EU zu gewährleisten. Ebenso sollen Verfahrensfristen und -schritte vereinheitlicht werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/06/13/data-protection-council-agrees-position-on-gdpr-enforcement-rules/>

Bildung und Kultur

Kommission; Konsultation; Bewertung des Programms Kreatives Europa

Am 31.05.2024 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, um Erfahrungen und Rückmeldungen zum Programm Kreatives Europa einzuholen. Das Programm richtet sich an Kultur-, Kunst-, Medien- und Filmschaffende. Die Konsultation wird bis zum 06.09.2024 laufen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die Abschlussbewertung des Programms Kreatives Europa (Laufzeit 2014-2020) und in die Zwischenbewertung des Programms (2021-2027) einfließen. Sodann wird die Kommission basierend auf diesen Erkenntnissen den Institutionen Rat und EP einen Bericht zum Programm vorlegen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13696-Creative-Europe-programmes-evaluations_en

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Anstieg von Desinformationen vor der Europawahl

Die Kommission hat am 06.06.2024 auf die Meldung der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) hingewiesen, dass Desinformationskampagnen im Vorfeld der Europawahlen stark zugenommen haben. Nach Angaben von 34 Faktenprüfer-Organisationen war die EU im April, so EDMO, das Hauptziel von Desinformationen. Mit 15% der insgesamt entdeckten

Desinformationen stellte dies den höchsten Wert seit Beginn der speziellen Überwachung im Vorfeld der Wahlen dar. Die Konflikte im Nahen Osten (9%) und in der Ukraine (8%) folgen in der Rangliste der Themen, die am stärksten von Desinformationen betroffen waren. Die Kampagnen zu Europawahlen stellten die EU als korrupt und die Wahlen als gefälscht dar oder behaupteten, die EU sei Gegner der verschiedenen nationalen Interessen.

<https://edmo.eu/wp-content/uploads/2024/06/EDMO-36-Horizontal.pdf>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Programm „DiscoverEU“ gestartet: Vergabe von rund 35.500 Travel-Pässen an junge Menschen

Am 03.06.2024 gab die Kommission bekannt, dass rund 35.500 junge Menschen von ihr ab diesem Sommer Travel-Pässe für Europa erhalten. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Runde des DiscoverEU-Programms, das Teil des Erasmus+-Programms der Kommission ist. DiscoverEU bietet im Rahmen des Erasmus+-Programms 18-jährigen Einwohnern der Mitgliedstaaten und der mit Erasmus+ assoziierten Länder die Möglichkeit, durch ganz Europa zu reisen und die europäische Vielfalt zu erkunden. Die Gewinner können mehr über das kulturelle Erbe und die Geschichte erfahren und europaweit mit Menschen in Kontakt treten. Junge Menschen, die von dem Ticket profitieren, können zwischen dem 01.07.2024 und dem 30.09.2025 allein oder in einer Gruppe von bis zu fünf Personen reisen. Über 180.000 junge Menschen hatten sich für die letzte Runde im April 2024 beworben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_3063

Kommission; Vergabe des „Sonderpreises Europa“ bei der Verleihung des Schülerzeitungspreises der deutschen Länder

Im Rahmen des von den deutschen Ländern ausgerichteten Wettbewerbs zur Prämierung von Schülerzeitungen vergab die Vertretung der Kommission in DEU auch in diesem Jahr einen mit 1000 EUR dotierten „Sonderpreis Europa“. Er geht in diesem Jahr an die Schülerzeitung „Konturen“ des Rhön-Gymnasium in Bad Neustadt an der Saale in Bayern. Sie wird für ihr Interview mit zwei ukrainischen Mitschülerinnen ausgezeichnet, die vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind. In diesem Jahr hat die Vertretung der Kommission in DEU bereits zum 15. Mal einen Sonderpreis im Rahmen dieses Wettbewerbs vergeben.

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/terminvorschau_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Europa nach den Wahlen: BEL hat gewählt

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in BEL am 09.06.2024 hat Olivier le Bussy von der belgischen Tageszeitung „La Libre Belgique“ am 11.06.2024 im Gespräch mit Dr. Thomas Gutschker, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), in der Hessischen Landesvertretung bei einer weiteren Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Europa nach den Wahlen“ präsentiert und analysiert. Europastaatssekretärin Karin Müller nahm in ihrer Einführung zunächst Bezug auf die Ergebnisse der Europawahlen. Sie zeigte sich erfreut über die gestiegene Wahlbeteiligung und betonte, dass es – trotz des besorgniserregenden Anstiegs der politischen Ränder – weiterhin eine demokratische,

proeuropäische Mehrheit im EP gäbe. Olivier le Bussy fasste sodann das Ergebnis der nationalen Wahlen in BEL prägnant zusammen: Zum ersten Mal seit langer Zeit sei der Wille der Wählerinnen und Wähler klar. Während in der Vergangenheit aufgrund der zahlreichen Kompetenzebenen und Regionen oftmals jede der zahlreichen belgischen Parteien Erfolge für sich reklamieren konnte, sei das Ergebnis dieser Wahlen eindeutig. Der Journalist rechnet nicht damit, dass die Regierungsbildung auf föderaler Ebene ähnlich lange dauern wird wie in der Vergangenheit, als BEL mehr als 500 Tage nur eine geschäftsführende Regierung besaß. Bart De Wever, Vorsitzender der flämischen Nationalisten N-VA, habe gute Chancen neuer Premierminister von BEL zu werden. Fraglich sei allerdings, ob er eine neue Staatsreform durchsetzen könne. Denn dafür sei eine verfassungsändernde Mehrheit von zwei Dritteln nötig, über die die von ihm zu bildende Koalition voraussichtlich nicht verfügen werde. Mehr als 250 Gäste verfolgten die anschließende angeregte Diskussion mit Dr. Thomas Gutschker von der FAZ, die sich auch auf die Bedeutung der Wahlergebnisse in BEL für die Besetzung der EU-Spitzenposten erstreckte.

Gespräche von Europastaatssekretärin Karin Müller in Brüssel

Die Hessische Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Karin Müller führte am 11.06.2024 eine Reihe von Gesprächen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Michael Hager, Kabinettschef von Kommissions Exekutiv-Vizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis, der auch für Fragen des Euro und des EU-Finanzdienstleistungsrechts zuständig ist, standen das weitere Verfahren nach der EP-Wahl zu Ernennung der neuen Kommission sowie die Prioritäten der Kommission für 2024-2029. Ferner wurden aktuelle Fragen der EU-Handelspolitik sowie der EU-Finanzdienstleistungspolitik besprochen, insbesondere die Vollendung der Kapitalmarktunion, ein Schwerpunkt der neuen Kommission. Fragen des Verfahrens zur Konstituierung des neugewählten EP, zur Bildung von Fraktionen und Folgen der neuen Mehrheitsverhältnisse erörterte die Staatssekretärin mit Michael Hahn, Mitglied im Kabinett von EP-Präsidentin Roberta Metsola. Staatssekretärin Müller begrüßte zudem zur konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Gruppe im EP in der Hessischen Landesvertretung.

Europa nach den Wahlen: Europa hat gewählt

Zusammen mit seinen Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine, Emilia-Romagna und Wielkopolska hat Hessen am 12.06.2024 zu der Veranstaltung „Europa hat gewählt“ in der Reihe „Europa nach den Wahlen“ eingeladen. Isabelle Boudineau, Regionalrätin für Europa und europäische Kooperationen der Region Nouvelle-Aquitaine, blickte einleitend zunächst auf die vergangene Wahlperiode zurück, die mit dem Brexit, der COVID-Pandemie, dem Krieg gegen die Ukraine und dem Konflikt im Nahen Osten eine der schwersten in der europäischen Geschichte gewesen sei. Für das neue Mandat mahnte sie an, die europäische Solidarität zu stärken. Piotr Maciej Kaczyński, unabhängiger Berater für EU-Angelegenheiten, hat die Veranstaltung moderiert und zunächst die Wahlergebnisse auf EU-Ebene dargestellt. Sodann präsentierten Markus Becker (Der Spiegel), Karl De Meyer (Les Echos), Lorenzo Robustelli (eunews.it) und Anna Słojewska (Rzeczpospolita) die Wahlergebnisse in DEU, FRA, ITL und POL. In der anschließenden lebhaften Diskussion vor fast 400 Gästen bestand Einigkeit, dass die EVP die Wahl gewonnen habe, und im EP künftig nichts gegen die EVP entschieden werden könne. Abzuwarten bleibe, ob es im neuen EP künftig neben der ECR und der ID eine dritte rechte Fraktion geben werde. Hingewiesen wurde darauf, dass in mehreren Mitgliedstaaten inzwischen rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt sind, und sich dies auf den Europäischen Rat auswirkt. Die Panellisten waren sich einig, dass Ursula von der Leyen wahrscheinlich eine zweite

Amtszeit als Kommissionspräsidentin erhalten dürfte. Mario Draghi wurden keine nennenswerten Chancen auf eine Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs eingeräumt. Diskutiert wurde auch über die überraschende Ankündigung von Präsident Emmanuel Macron am Abend des 09.06.2024, die FRA-Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen. Dies könnte zu einem Vakuum führen, das die EU schwächt, so die Einschätzung auf dem Podium.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

27-28.06.2024

Rat

18.06.24	Kohäsionsrat
18.06.24	Verkehrsrat
21.06.24	ECOFIN-Rat
20.06.24	Eurogruppe
17.06.24	Informeller Europäischer Rat
20.6.24	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – Sozialpolitik
21.6.24	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Gesundheit)
24.06.2024	Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
25.06.2024	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“

Europäische Kommission

19.06.2024 Europäisches Semester – Frühjahrspaket

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen finden keine Sitzungen statt.

Ausschuss der Regionen

- 19./20.06.2024 161. AdR-Plenarsitzung
Ein globaler Grüner Deal: Harmonisierung der globalen Rahmen für Klimapolitik, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung
Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik
Bewältigung von Arzneimittelengpässen
Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz)
Der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft
Den europäischen Verwaltungsraum stärken (ComPAct)
Eine resiliente Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimakrise im Rahmen des europäischen Blauen Deals
Schaffung eines europäischen Blauen Deals – Betrachtung aus Sicht der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft in den Regionen der EU
Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung
EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität
- 25.06.2024 ENVE-Fachkommissionssitzung
Europäischer Windkraft-Aktionsplan (Abstimmung)
Die Zukunft der EU-Klimapolitik: Abstimmung der Klimaschutzziele auf die Herausforderungen der Anpassung (Meinungsaustausch)
- 27.06.2024 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Empfehlungen für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (10. RP) (Abstimmung)
Demografischer Wandel in Europa: Ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen (Abstimmung)
Ethisch vertretbare künstliche Intelligenz und Zugang zum Hochleistungsrechnen für Start-up-Unternehmen (Abstimmung)
Verstärkter Qualitätsrahmen für Praktika (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof und EuG

- 17.06.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C 181/23 Kommission / Malta (Unionsbürgerschaft durch Investition) – Maltesisches Staatsbürgerschaftsprogramm für Investoren
- 18.06.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 352/22 Generalstaatsanwaltschaft Hamm (Antrag auf Auslieferung eines Flüchtlings an die Türkei) –

Wirkung der Anerkennung als Flüchtling in einem anderen Mitgliedstaat (DEU)

- 18.06.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 753/22 Bundesrepublik Deutschland (Wirkung der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus) – Anspruch auf Anerkennung als Flüchtling nach bereits erfolgter Anerkennung in einem anderen Mitgliedstaat (DEU)
- 18.06.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-460/23 Kinsa – Strafbarkeit der Beihilfe zur unerlaubten Einreise aus humanitären Gründen (ITA) (B/B3 verfolgt)
- 20.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 540/22 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Entsendung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten) – Dienstleistungsfreiheit (NDL)
- 20.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 296/23 dm drogerie markt – Werbung für Biozidprodukte (DEU)
- 20.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C 182/22 und C-189/22 Scalable Capital – Immaterieller Schadensersatz bei „Diebstahl“ personenbezogener Daten (DEU)
- 20.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 590/22 PS (Falsche Adresse) – Versand personenbezogener Daten an die falsche Adresse (DEU)
- 25.06.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-626/22 Ilva u. a. – Emissionen des Stahlwerks Ilva in Tarent (ITA)
- 27.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-284/23 Haus Jacobus – Schutz vor Kündigung während Schwangerschaft (DEU)
- 27.06.2024 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-144/19 P Lupin / Kommission, C-151/19 P Kommission / Krka, C-164/19 P Niche Generics / Kommission, C-166/19 P Unichem Laboratories / Kommission, C-176/19 P Kommission / Servier u. a., C-197/19 P Mylan Laboratories und Mylan / Kommission, C-198/19 P Teva UK u.a. / Kommission, C-201/19 P Servier u.a. / Kommission und C-207/19 P Biogaran / Kommission – Wettbewerbsverstöße im Zusammenhang mit dem Medikament Perindopril

- 27.06.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-123/23 Khan Yunis und C-202/23 Baabda – Neuer Asylantrag nach erfolglosem Asylverfahren in einem anderen Mitgliedstaat (DEU)
- 27.06.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-517/23 Apothekerkammer Nordrhein – Gutscheinerwerb bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (DEU)
- 27.06.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-506/23 Freistaat Bayern / EUIPO - Bundesverband Souvenir Geschenke Ehrenpreise (Neuschwanstein) – Markenstreit um Neuschwanstein

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 28.06.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA